BERGISCHE MORGENPOST
DONNERSTAG, 5. DEZEMBER 2013

WNKUWG will einseitig 50 km/h auf dem Brückenweg

BM 02.12.

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Tempo-30-Zone in der Innenstadt wird nicht über den Brückenweg bis zum Loches-Platz ausgeweitet. Heute wird das Zone-30-Schild am Brückenweg abgebaut (die BM berichtete). Die Geschwindigkeit bleibt aber auf 30 km/h begrenzt. Das teilte der Technische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa mit. Die WNKUWG hatte zuletzt gefordert, die Geschwindigkeit in Ost-West-Richtung – vom ehemaligen Ringkaufhaus bis zum Loches-Platz – wieder auf 50 km/h anzuheben. „Diesen Standpunkt vertreten wir nach wie vor", sagt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. In der BM-Ausgabe am Freitag war dies falsch dargestellt worden.

Vereine sollen sich nicht gegenseitig ausspielen lassen

WERMELSKIRCHEN (BM) „Alle gesellschaftlichen Gruppen in Wermelskirchen sollten sich insgesamt hüten, sich gegenseitig ausspielen zu lassen oder gar selber auszuspielen." So reagierte der sportpolitische Sprecher der WNKUWG-Fraktion, Norbert Kellner, auf Vorwürfe des SSV Dhünn, dass man die kleinen Vereine vergesse und stattdessen für 14 Millionen Euro ein neues Hallenbad baue.

Kellner schreibt in einer Stellungnahme, dass man nicht vergessen dürfe, dass zwischen den „drei Frühschwimmern und sechs Spätschwimmern" einige Hundert Schüler, Sportler, Gesundheitsbewusste oder einfach nur Schwimmbegeisterte und Familien das einzige Hallenbad nutzen.

Natürlich sei es richtig und wichtig, dass die für die Jugendarbeit in den Vereinen zuständigen Ehrenamtlichen auf die Situation in ihrem Bereich aufmerksam machen. Für seine Fraktion sei klar: Eine bessere Pflege und die Instandhaltung der Sporteinrichtungen sei ein Muss. Hierzu bedürfe es aber eines nachhaltigen Sportstättenkonzeptes. Seine Fraktion unterstütze die Umwandlung der Plätze Eifgen, Höferhof und Dhünn in einen Kunstrasenplatz.

Beschlossen worden sei in der jüngsten Fachausschuss-Sitzung, das Sportstättenkonzept in einem Arbeitskreis zu erörtern. Daran sollen auch Vertreter der betroffenen Sportvereine teilnehmen.

WNKUWG fordert finanzielle Entlastung für Ehrenamtler

BGI 11.12.

WERMELSKIRCHEN (ser) Das Mieten städtischer Einrichtungen für Veranstaltungen ist für Nutzer, die ehrenamtlich tätig sind, zu teuer – diese Meinung vertritt die WNKUWG. Sie stellt den Antrag, eine weitere Tarifklasse einzuführen, die die Nutzungskosten für ehrenamtlich Tätige künftig regelt. Dazu zählt die WNKUWG alle Vereine und Gruppierungen, die gemeinnützig tätig sind sowie eine Veranstaltung für einen gemeinnützigen Zweck ausrichten, ohne Absicht, Gewinn zu erzielen.

Begründung: In den jetzigen Tarifklassen werden die Ehrenamtler gleichgesetzt mit Tarifen, in denen die Kosten weitaus höher sind als die real entstehenden Kosten, die abgerechnet werden sollten. Die WNKUWG fordert, dass die Ehrenamtler künftig nur noch Kosten für Strom, Wasser, Reinigung und Heizung bezahlen sollen.

Ratsmitglied Dirk Wartmann nennt ein Beispiel, wie sich die Kosten zusammensetzen: Bei heutiger Berechnung müsste der Verkehrs- und Verschönerungsverein (VVV) insgesamt 288 Euro zahlen, damit er die Mehrzweckhalle Dabringhausen für eine Veranstaltung einen Tag lang nutzen kann. Die Kosten teilen sich wie folgt auf: 175 Euro Halle inklusive Foyer, 23 Euro Bühne, 45 Euro Küche, 45 Euro Theke und Zapfanlage. Dieser Betrag sei zu hoch. „Es ist nicht richtig, dass Bürger für Räumlichkeiten, die sie bereits durch ihre Steuergelder bezahlt haben, nochmals Miete bezahlen, um dem Allgemeinwohl einen Dienst zu erbringen", meint Wartmann. Die oben genannten realen Kosten sollten anteilig auf die Nutzer umgelegt werden, es sollten jedoch keine zusätzlichen Einnahmen für die Stadt durch das Ehrenamt generiert werden.

Eine asoziale Unverschämtheit

WGA 12.12.

Zum Leserbrief von Rainer Groß-Hardt (WGA vom 10. Dezember)

Eine solche Aktion – würde sie mehr Nachahmer finden – würde unser Stadtbild deutlich verbessern. Aber: Herr Groß-Hardt führt es völlig treffend aus: Nicht nur, dass er Mitbürgern anbietet, ihren Müll unterwegs ordnungsgemäß zu entsorgen, nein es gibt tatsächlich noch Mitbürger, die dieses gut gemeinte Angebot missbrauchen, so dass es jetzt wieder eingestellt werden muss.

Ich finde das Verhalten dieser „Säue" – ich weigere mich, sie Bürger zu nennen – schlichtweg eine asoziale Unverschämtheit.

Und noch ein Aber: es ist schon schlimm genug, dass Menschen den Dreck anderer Menschen beseitigen müssen, den diese sonst achtlos irgendwo hinwerfen; schlimm ist aber auch, dass es diesen Dreck überhaupt gibt und dass Aktionen, dies zu verhindern, auch noch sabotiert werden können. Das liegt hauptsächlich daran, dass die Gefahr, bei solchen Delikten erwischt, überführt und bestraft zu werden, außerordentlich gering ist. Die Politik sollte überlegen, mit welchen geeigneten Maßnahmen die Gefahr des „Erwischtwerdens" deutlich gesteigert werden kann.

Positiver Begleiteffekt eines solchen Konzepts wäre, dass auch in vielerlei anderer Hinsicht die Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt intensiviert und verbessert würde.

Henning Rehse WNK UWG

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder; Kürzungen bleiben vorbehalten. Zuschriften erreichen den WGA per E-Mail an wga@rga-online.de

Transferempfänger an ersten Arbeitsmarkt führen

ARBEITEN FÜR DAS GEMEINWOHL Antrag vertagt – Beigeordneter Jürgen Graef sucht erst Gespräch mit dem Kreis.

Von Thomas Wintgen WGA 17.01.2

Der Sozialausschuss hat die Entscheidung über den WNK-Antrag auf Erarbeitung eines Konzepts zur „Hinzuziehung von Empfängern von Transferleistungen zu Arbeiten für die Gemeinschaft" vertagt, bis Beigeordneter Jürgen Graef Anfang 2014 ein Gespräch mit dem Job-Center in Bergisch Gladbach geführt haben wird.

Vorsitzender Horst Walter Schenk (FDP) hatte eingangs von Bedenken der Verwaltung gesprochen, weil der Antrag gegen § 62 Gemeindeordnung (GO) verstoße. Die Formulierung des Antrags greife ins Geschäft der laufenden Verwaltung ein, sei mit der GO „nicht kompatibel", sagte Graef. Was Karl-Heinz Wilke (CDU) auf die Palme brachte, weil der Antrag bereist ein halbes Jahr vorliege.

Stefan Kind (WNK) erklärte, es gehe darum, viele Empfänger von Transferleistungen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. „In acht bis zehn Kommunen des Landes funktioniert das", sagte Kind.

Das seien dann Groß- und nicht kreisangehörige Städte, sagte Graef. Essen und Leverkusen haben eigene Job-Center. Wermelskirchen arbeite mit dem Job-Center des Kreises Rhein-Berg zusammen.

Job-Center in Gladbach bietet Gespräch über Zuschüsse an

Für den Kreis ist Voraussetzung die Ausrichtung auf den ersten Arbeitsmarkt; wenn die Betroffenen Zigaretten auflesen sollen, habe das damit nichts zu tun. Man dürfe mit solch einem Projekt weder Konkurrenz der Wirtschaft werden noch Gewinne machen. Graef: „Also funktioniert diese Art von Unternehmen nur über Zuschüsse." Das Job-Center biete aber Gespräche darüber an, „was Empfänger von Transferleistungen – die sind der Stadt entzogen – bekommen dürfen", und die wolle er im Januar führen.

Für die Verwaltung wäre eine Alternative, es mit Asylbewerbern im Zuge gemeinnütziger Arbeiten selber zu machen. Sie beschäftigt zurzeit 24 Menschen – allein 13 im Betriebshof und 5 auf dem Friedhof. Graef: „Da sind wir ganz gut aufgestellt." Es handele sich freilich nicht um eine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt.

Wilke sagte, dass die CDU den WNK-Antrag an sich unterstütze. Soziale Kaufhäuser etwa in Remscheid „zeigen, dass es funktioniert". Klaus Klophaus (SPD) hätte den Antrag gerne umformuliert, um Irritationen zu vermeiden: ein Konzept zur sozialen Stärkung und Beschäftigung von Empfängern von Transferleistungen. Kind war dagegen – am wichtigsten sei der WNK die saubere Stadt.

Nur die Ist-Kosten auf Nutzer umlegen

WNK-UWG Ehrenamt soll keine Miete zahlen, beantragt die Ratsfraktion – Alle hätten ja gezahlt.

Die WNK-UWK-Fraktion beantragt die Einführung einer weiteren Tarifklasse für solche Nutzer städtischer Einrichtungen, die im Ehrenamt tätig sind. Dieser Tarif soll lediglich Kosten für Strom, Wasser, Reinigung und Heizung beinhalten.

Zu den im Ehrenamt Tätigen zählt die Fraktion Vereine und Gruppierungen, die gemeinnützig tätig sind und die Veranstaltung für einen gemeinnützigen Zweck ohne die Absicht ausrichten, Gewinn zu erzielen.

Heute werden solche Vereine gleichgestellt mit Tarif A, sofern sie gemeinnützig anerkannt sind, mit dem Tarif B, sofern sie diese Gemeinnützigkeit nicht nachweisen können.

Nach Ansicht der Fraktion sind Kosten, die für ehrenamtlich Tätige z.B. beim Anmieten der Mehrzweckhalle Dabringhausen entstehen, im Tarif A weitaus höher als die real entstehenden Kosten, die abgerechnet werden sollten.

WGA 17.12.

Stadt soll „keine zusätzlichen Einnahmen erzielen"

Bei heutiger Berechnung (Tarif A) müsste z.B. der VVV für einen Tag Nutzung (z. B. Seniorenfahrt) 288 Euro (Halle incl. Foyer: 175, Bühne: 23, Küche: 45, Theke und Zapfanlage: 45 Euro) zahlen. Und hier setzt die Fraktion an: Sie finde es nicht richtig, dass Eiwohner für Räume, die sie durch ihre Steuern schon bezahlt haben, nochmals Miete bezahlen, um dem Allgemeinwohl einen Dienst zu erbringen.

Angesichts der Situation des städtischen Haushalts sollten zwar Kosten für Strom, Wasser, Reinigung und Heizung auf die Nutzer umgelegt werden, aber die Stadt sollte keine zusätzlichen Einnahmen erzielen. *red*

Kaltgestellt: Wartmann ärgert sich über Bürgermeister

VGA 13.12.

KUNSTRASEN-DISKUSSION Weiks Stellvertreter wollte als Moderator in den Arbeitskreis - Absage aus dem Rathaus.

Von Andreas Weber

Bürgermeister und sein Stellvertreter liegen überkreuz. Das einst gedeihliche Verhältnis ist zerrüttet. Jetzt platzt Dirk Wartmann der Kragen. Das Fass zum Überlaufen bringt die Kunstrasen-Diskussion. Einstimmig hatte die Kommunalpolitik die Verwaltung im Oktober beauftragt, die Planung für den Kunstrasen voranzutreiben.

Ein Arbeitskreis mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Sport soll eingerichtet werden. Auch der Dabringhauser Wartmann, 1. Stellvertreter von Eric Weik, möchte den Kreis mit seinem Wissen bereichern.

„Seit mehr als einem Jahr stehe ich mit einigen Sportvereinen in Kontakt, habe Kunstrasen-Seminare besucht und in einem Fall sogar ein spezifiziertes Konzept mit einem Vorsitzenden eines Vereins erarbeitet", betont Wartmann. „Daher bietet es sich an, wenn ich in meiner Funktion als stellvertretender Bürgermeister in der Arbeitsgruppe mitarbeite und bei Bedarf als Moderator - wie bisher - zur Verfügung stehe."

Das Ansinnen verwehrte ihm die Stadtverwaltung. „Bedauerlicherweise wurde mir mitgeteilt, dass der Bürgermeister dies nicht wünscht", beklagte Wartmann gestern gegenüber dem WGA. Angeblich, weil sonst im Arbeitskreis ein „politisches Ungleichgewicht" entstehe. Dabei gehe es nur um die Sache, entgegnet Wartmann. „Wir brauchen beim Kunstrasen ein Invest mit Augenmaß. Anderen Kommunen um uns herum geht es finanziell nicht besser, aber sie investieren in Kunstrasen."

Verwundert ist der WNK-UWG-Stadtverordnete deshalb, weil sein Engagement in der Angelegenheit einst nach ausdrücklicher Rücksprache mit Eric Weik erfolgte. Mittlerweile sei das Verhältnis der beiden aber extrem abgekühlt. „Anders als früher bekomme ich von ihm keine Informationen mehr", ärgert sich Wartmann. Er wird dennoch in den Arbeitskreis entsandt - als offizieller Vertreter der WNK UWG.

Wartmann verärgert über Weiks Veto

BH 14.12.

Der stellvertretende Bürgermeister darf nicht als Moderator im Arbeitskreis „Kunstrasen" mitwirken.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Das Thema „Kunstrasenplätze in Wermelskirchen" erhitzt weiter die Gemüter. Nachdem die Politiker beschlossen haben, dieses Thema aufzugreifen und Möglichkeiten für Kunstrasenplätze in einem neuen Arbeitskreis zu erarbeiten und zu beraten, meldet sich Dirk Wartmann zu Wort und kritisiert den Bürgermeister.

Der Grund: Wartmann, Ratsmitglied der WNKUWG, möchte in seiner Funktion als stellvertretender Bürgermeister in der Arbeitsgruppe mitarbeiten und bei Bedarf auch als neutraler Moderator den Vereinen, der Politik und der Verwaltung zur Verfügung stehen. „Bedauerlicherweise wurde mir mitgeteilt, dass der Bürgermeister dies nicht wünscht", sagt Wartmann.

Dabei stehe er doch seit mehr als einem Jahr zum Thema „Kunstrasen" mit mehreren Sportvereinen in Kontakt, er habe Kunstrasen-Seminare besucht „und in einem Fall sogar ein spezifisches Konzept mit dem Vorsitzenden eines Vereins erarbeitet und besprochen". Aus diesem Grund habe er sich angeboten, in dem Arbeitskreis mitzuwirken.

„Im Arbeitskreis darf von jeder Fraktion immer nur ein Vertreter mitarbeiten"

Eric Weik
Bürgermeister

Der Bürgermeister legte aber sein Veto ein. „Es wurde beschlossen, dass in dem Arbeitskreis von jeder Fraktion immer nur ein Vertreter mitarbeitet", sagt Weik auf Anfrage. Es könnte zu Problemen mit den anderen Fraktionen führen, wenn mit Dirk Wartmann ein zweites Mitglied der WNKUWG der Arbeitsgruppe angehöre. Weik: „Dann gäbe es ein politisches Ungleichgewicht." In seiner Funktion als stellvertretender Bürgermeister müsse Wartmann repräsentative Aufgaben übernehmen. Das Verhältnis zu seinem Stellvertreter sei aber nicht gestört, betont Weik: „Ich habe das gleiche Verhältnis zu ihm wie zuvor."

Wartmann bedauerte die Entscheidung des Bürgermeisters sehr. „Der Entschluss verwundert mich, da mein Engagement in dieser Angelegenheit doch nach ausdrücklicher Rücksprache mit Herrn Weik erfolgt ist", sagt er. Sein Wissen und seine Erfahrung wird Wartmann in der Arbeitsgruppe letztlich trotzdem einbringen können: als offizieller Vertreter der WNKUWG.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Rheinisch-Bergischen Kreis,

die Fraktion FREIE WÄHLER im Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises möchte Ihnen auch am Ende diesen Jahres einen kurzen Überblick über ihre Arbeit geben.
Wir verstehen uns als DIE Vertretung der Bürger im Kreis, da wir anders als die etablierten Parteien nicht durch Vorgaben „von oben" bevormundet werden.
Wir machen Politik von Bürgern für Bürger!

FW
FREIE WÄHLER

Seit 1997 haben sich viele freie- und unabhängige Wählergemeinschaften aus den Städten und Gemeinden des Kreises auf Kreisebene zusammengeschlossen. Einige dieser Wählergemeinschaften haben sich mittlerweile den Namenszusatz FREIE WÄHLER gegeben, um die politische Zugehörigkeit zu verdeutlichen.
Die Kreistagsfraktion der FREIEN WÄHLER arbeitet eng mit vielen Fraktionen der freien und unabhängigen Wählergemeinschaften in den Kommunen zusammen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Kreis viele überörtliche Aufgaben wie Gesundheitsamt oder Schulamt wahrnimmt. Darüber hinaus ist der Kreis für den öffentlichen Personennahverkehr und das Rettungswesen zuständig. Für kleinere Kommunen übernimmt er zusätzlich die Aufgabe des Jugendamtes oder der Baubehörde. Vor diesem Hintergrund nimmt die Kreistagsfraktion der FREIEN WÄHLER die Vertretung der Interessen der Wählergemeinschaften und deren Kommunen auf Kreisebene wahr.

Auf Kreisebene lagen, neben vielen Einzelthemen und der grundsätzlichen Berücksichtigung der Bürgerinteressen, unsere Schwerpunkte in diesem Jahr unter anderem in folgenden Bereichen:

- Klimaschutzkonzept für den Rheinisch Bergischen Kreis.
- Erhalt von Naherholungsgebieten (z. B. Diepental).
- Sinnvoller Ausbau der Kreisstraßen sowie Verbesserung und Erhöhung der Verkehrssicherheit (z. B. K 10 in Leichlingen).
- Quantitative und qualitative Verbesserung der Heimaufsicht zum Wohle der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren.
- Weiterbildungsmöglichkeiten für spezielle Zielgruppen (z. B. Analphabeten)
- Solide Finanzen des Rheinisch Bergischen Kreises in Verbindung mit finanzieller Entlastung der Kommunen.

Wenn Sie mehr über uns und unsere Wählergemeinschaften in den Städten und Gemeinden erfahren möchten, besuchen Sie uns auf unserer Internetseite unter www.fw-rbk.de.

Abschließend wünschen wir Ihnen ein frohes Weihnachtsfest, einen fröhlichen Übergang und ein gutes und erfolgreiches Jahr 2014

Ihre Kreistagsfraktion FREIE WÄHLER

v.i.S.d.P.: Werner Conrad, Neuensaalerstraße 23 f, 51515 Kürten

HENNING REHSE WIDERSPRICHT BÜRGERMEISTER

LVR hat Umlage nicht erhöht

WGA 18.12.

Entgegen den Aussagen von Bürgermeister Eric Weik bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2014 der Stadt hat die Verbandsversammmlung im Landschaftsverband Rheinland (LVR) bei der Verabschiedung ihres Haushalts für 2014 die Landschaftsverbandsumlage von 16,65 Prozentpunkten um 0,2766 auf 16,3734 Punkte gesenkt. Dies führe – gemessen am Steueraufkommen – zu einer Entlastung der kommunalen Familie von über 40 Millionen Euro. Dies sei der Hauptgrund für die „Freien Wähler" gewesen, dem LVR-Haushalt erstmals zuzustimmen, erklärte deren Fraktionschef Henning Rehse gestern in einer Pressemitteilung. **red**

Anbindung Waldschule - Bürgerversammlung

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Grundschule Ost zieht an den Vogelsang und wird dort auf dem Gelände des ehemaligen Kreiskinderheims zur Waldschule. Dies hat der Rat beschlossen. Für die Verkehrserschließung hat die Verwaltung verschiedene Varianten ausgearbeitet. Aber was sagen die Anlieger der Ostviertel-Straßen dazu? Das möchte die WNKUWG erfahren und lädt zu einer Bürgerversammlung ein. „Wir möchten unsere Entscheidung zu den Varianten gemeinsam mit den Betroffenen – Anwohnern, Eltern und Lehrern – treffen", heißt es in der Einladung.

Do., 9.1., 19.30 Uhr, Café-Restaurant „Vier Jahreszeiten", Adolf-Flöring-Straße

LESER-FORUM

Suche nach der wahren Identität

WGA 31.12.13

Zum Bericht „Bis auf eine Ausnahme ist da Skepsis" (WGA vom 21. Dezember)

Wir verfolgen die sich seit Jahren abzeichnende Entwicklung des Lebensmitteleinzelhandels in der Innenstadt mit großer Sorge. Durch Schließung immer weiterer Lebensmittelläden wird die fußläufig erreichbare Versorgungsstruktur immer schlechter.

Alle Anstrengungen von Bürgermeister, Verwaltung und Politik wie auch den Eigentümern, modernen Lebensmitteleinzelhandel in bestehende Ladenlokale – Eich, Kölner Straße, Marktpassage – oder sogar in neu zu erstellende Immobilien (Ring-Kaufhaus, Loches-Platz) anzusiedeln, sind leider gescheitert.

Moderner Lebensmitteleinzelhandel verlangt nach Platz, standardisierten Grundrissen, einer großzügigen Raumaufteilung, einem guten Parkplatzangebot und einer guten Erreichbarkeit – alles Anforderungen, die in der Innenstadt nicht darstellbar sind.

Daher wird sich heute kein Lebensmittelanbieter mehr in der Innenstadt niederlassen, möge dies noch so sehr von allen Beteiligten gewünscht oder gefordert werden. Vor dieser Tatsache darf niemand die Augen verschließen.

Andererseits zählt das seit Jahren brachliegende marode Rhombus-Gelände nicht zu den Augenweiden unserer Stadt, erfüllt aber die zuvor beschriebenen Anforderungen ausnahmslos. Insofern bietet sich aus der Kombination der Anforderungen modernen Einzelhandels mit dem stadtnah gelegenen Rhombus-Gelände auch in vielfältiger Hinsicht eine Chance für die Stadt, die wir geprüft haben möchten.

Henning Rehse, WNK UWG

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder; Kürzungen bleiben vorbehalten. Zuschriften erreichen den WGA per E-Mail an wga@rga-online.de

Gschmäckle vermutet

WGA 20.12.

RATHAUS-FASSADE WNK kritisiert Verzögerung.

WNK-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse wirft der SPD-Fraktion vor, die weiteren Arbeiten in Sachen Rathaus-Fassade zu verzögern. Für ihn sei nicht erkennbar, dass es – „nach guter Vorarbeit der Verwaltung, exzellentem Vortrag des Gutachters und schlüssiger Beantwortung aller Fragen" – noch Beratungsbedarf eines „alternativlosen" Vorhabens gebe.

Der Verweis des Themas in die Fraktionen bekomme ein „Gschmäckle", weil die SPD „die Sicherung der Rathausfassade – auch öffentlich bekundet – nicht ganz oben auf ihrer Prioritätenliste stehen" habe. Der Ausschuss für Bauen und Umwelt habe der Verwaltung und dem Gutachter aber signalisiert, dass sie an der Variante B weiterarbeiten könnten. *s.n.*

WNK denkt nicht an Rückkehr zur CDU

WGA 30.12.13

WÄHLERGEMEINSCHAFT

Kooperation ja – Nein zur Fusion.

Die WNK lehnt jeden Versuch ab, wieder zur CDU ins Boot zu steigen. Vorsitzender Norbert Kellner und Fraktionschef Henning Rehse reagieren auf Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Christian Klicki:

„Wir sind eine freie und unabhängige Wählergemeinschaft, werden dies auch bleiben und uns sicherlich keinerlei Partei anschließen oder mit ihr verschmelzen oder fusionieren."

Die Mitglieder seien keine „Parteigänger", die „einer von Berlin über Düsseldorf und Bergisch Gladbach vorgegebenem Linie auf Zuruf folgen".

Unabhängig davon werde man „mit allen demokratischen Gruppen des Rates" in Sach- und Personalfragen zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger zusammenarbeiten.

Würde solchen Schritt des Bürgerforums akzeptieren

Die WNK sei weiter bereit, „sich in einer Kooperation mit Partnern für eine gesamte Wahlperiode gemeinsamen Zielen zu verpflichten".

Wenn das Bürgerforum wieder in der CDU aufgehen wolle, sei das „die freie Entscheidung, die die WNK respektiert". *s.n.*